

Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur
Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte
Band: 1 (1921-1922)
Heft: 6

Artikel: Die Anschlussfrage in Oesterreich
Autor: Hartmann, Ludo M.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-154013>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 03.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

reich griffen weiter und weiter aus und 1898 gelangte mit der Besetzung von Faschoda und Port Arthur ihr Antagonismus mit England zu schärfster Zuspitzung. Und da erst setzt nun mit 1898 in planmäßigem Zuge die englische Politik ein, die kolonialpolitische Gefahr abzubauen durch Erregung der kontinentalen Gegensätze seiner Gegner.

In einer folgenden Betrachtung soll das koloniale Weltreich, wie es sich darbietet im Augenblick höchster Steigerung der Rivalität der Kolonialmächte, skizziert und dann die Periode deutsch-englischer Verhandlungen 1898—1901 ins Auge gefaßt werden.

„Ehe nicht die ganze Wahrheit über diesen Krieg allen bekannt ist, wird die Welt keinen wahren Frieden haben. . . Würde durch Untersuchungen festgestellt, daß die Alliierten ebenso sehr wie Deutschland am Kriege schuld waren, so würde die gesamte Menschheit anders empfinden und ein neuer Geist des Verzeihens sich einstellen. Das an sich allein könnte zum wahren Weltfrieden hinleiten.“

Stewart E. Bruce in „Kriegsschuld und Friedensverbrechen der Entente“, New-York 1920.

Die Anschlußfrage in Oesterreich.

Von

Professor Ludo M. Hartmann - Wien.

Hegel sagte einmal, als der Deutsche Bund tatsächlich nur ein Schatten war, Deutschland sei „der gesetzte Widerspruch“, daß es kein Staat sei, aber doch ein Staat sein solle. Mit ebenso großem Rechte könnte man behaupten, Oesterreich sei der gesetzte Widerspruch, daß es ein Staat sei, aber doch kein Staat sein solle. Auch in diesem Falle kann man sagen, wenn man auf die Hegel'sche Terminologie verzichtet, daß das positive Recht durch die historische Entwicklung mit der Notwendigkeit in Widerspruch geraten ist.

Im Auslande freilich, wo man das neue Oesterreich, das „selbständige“ der Friedensdiktate von Versailles und St. Germain ebenso wenig kennt, wie man das alte der Habsburger mit seinen Widersprüchen und seinem schon seit Jahrzehnten deutlichen hippokratischen Gesichte gekannt hatte, glaubt man alle Erscheinungen, die deutlich genug die Unmöglichkeit des gegenwärtigen Zustandes dartun, mit der Annahme alldeutscher Machenschaften und Kulissenschiebereien abtun zu können. Es gibt Demokraten, die ihr Gewissen mit dieser Phrase beruhigen, um in der Tat das Selbstbestimmungsrecht von 6 Millionen Menschen zu leugnen und der alten undemokratischen Theorie des europäischen Gleichgewichtes, die in Paris aus dem

verstaubten Requiitenkasten des merkantilistischen Staates hervorgeholt wurde, ihre Dienste anzubieten.

Und doch braucht man nicht viele historische Kenntnisse, um sich davon zu überzeugen, daß, was durch den „Anschluß“ erreicht werden soll, nichts anderes ist, als was die westlichen Staaten schon längst, was Italien im 19. Jahrhundert, was einige östliche Völker in Folge dieses Weltkrieges erreicht haben, was, mit anderen Worten, dem wahren historischen und natürlichen Rechte, das die Demokratie seit der französischen Revolution geschaffen hat, entspricht. Die ganze deutsche Geschichte der letzten 100 Jahre kann als ein Kampf um den Anschluß aufgefaßt werden, in welchem die bis zum Weltkriege siegreiche Reaktion der „Kleindeutschen“ das „großdeutsche“ — nicht zu verwechseln mit „alldeutsche“ — Ideal der Demokraten aller Schattierungen niederhielt.

Als sich das deutsche Volk unter Führung seiner Intelligenz-Schichten gegen die Tyrannei des ersten Napoleon erhob, da war das Ziel ein einiges und freies Deutschland. Aber nach der Niederwerfung des großen Eroberers erstand ihm wieder der innere Feind in der Gestalt seiner Dynastien und Fürsten, die seit Jahrhunderten in der Zersplitterung Deutschlands ihr Heil und ihre Macht gesehen hatten, die ihren Staat im Gegensatz zum nationalen Staate gewöhnlich durch Krieg und Gewalt, durch Heirat und Erbschaft, häufig mit Hilfe des Auslandes gebildet hatten und deren Interesse im Gegensatz zum Interesse ihrer Untertanen stand, die von ihnen auch nach der französischen Revolution nicht als Subjekte, sondern als Objekte der Gesetzgebung angesehen wurden. Durch den Wiener Kongreß, der nach unendlichem Länderschwacher 39 Souveräne in Deutschland anerkannte, den „Deutschen Bund“ aber zu einer inner- und außerhalb Deutschlands verlächten Farce machten, vollendeten sie ihren Verrat unter demselben von Talleyrand ausgegebenen Schlagworte der „Legitimität“, mit dem die Restauration Ludwigs XVIII. in Frankreich ihren Einzug hielt.

Der Kampf aller Freigesinnten um die Einheit Deutschlands wurde besonders durch die Rivalität der beiden mächtigsten Fürsten, des Habsburgers und des Hohenzollern, erschwert. Oesterreich, zu $\frac{3}{4}$ schon damals ein nicht-deutsches Land, nur durch die Dynastie zusammengehalten, als dynastischer Staat mit einer eigenen äußeren Politik, war verhindert, in Deutschland aufzugehen, wenn es nicht auseinanderbrechen wollte; es war das habsburgische Interesse, den Deutschen Bund ganz locker zu gestalten, um nicht auf die östlichen Provinzen verzichten zu müssen. Preußen mußte in Oesterreich das Hemmnis seiner Machtstellung in Deutschland sehen, und es war vom Standpunkte seiner dynastischen Machtpolitik nur konsequent, daß es schließlich, zuerst ganz deutlich unter dem konservativen Radowiz nach dem Zusammenbruche der Revolution von 1848, darauf hinarbeitete, ganz Oesterreich aus Deutschland auszuschließen. Die Politik der konsequenten äußersten Linken im Frankfurter Parlamente strebte dagegen nach einer Einigung ganz Deutschlands mit Einschluß der deutschen Provinzen Oesterreichs — ohne vor der drohenden Zertrümmerung Oesterreichs zurückzuschrecken. Die Demokratie in Deutschland unterlag, weil es noch einmal unter Schwarzenbergs Führung gelang, Oesterreich zusammenzufassen und im Interesse der

habsburgischen Dynastie den alten Deutschen Bund, der ein Fürsten- und kein Volksbund war, wieder herzustellen. Erst seit dem italienischen Kriege von 1859 nahm dann Preußen unter Bismarcks Leitung die Politik von Radowiz wieder auf, und das hohenzollerische Interesse obsiegte. Oesterreich wurde aus dem Deutschen Bunde hinausgedrängt, um Preußen Platz zu machen. Bismarck hütete sich wohl, 1866 die deutschösterreichischen Provinzen zu annektieren. Er begründete 1871 mit den kleineren Fürsten, nicht mit dem Volke, das Deutsche Reich. Er löste das Problem, das von der Geschichte gestellt war: wie könnten Deutschösterreich und Preußen unter einen Hut gebracht werden? — indem er den gordischen Knoten durchhieb und 10 Millionen Deutsche vor die Türe setzte. Es gehörte viel Suggestion dazu — wie sie der große Sieg von 1870—71 mit sich brachte — um wenigstens einen Teil des deutschen Volkes glauben zu machen, daß die Einigung vollbracht sei.

Die Vorherrschaft Preußens und seiner Dynastie war allerdings dank dem großen Schritte, der durch den lebendigen Körper des deutschen Volkes geführt wurde, wie es schien, bis auf weiteres gesichert. Aber dies genügte nicht für die Zukunft. Die Konservativen von 1848—49 hatten neben dem engeren Bunde einen weiteren geplant, der ganz Oesterreich mitumfassen sollte. Und Bismarck war auch in dieser Beziehung ihr Testamentsvollstrecker, wie der im Jahre 1879 geschlossene Zweibund beweist. Dieses Bündnis war in seiner Wesenheit ein Garantievertrag für den Bestand Oesterreichs, durch den die Auflösung Oesterreichs hintangehalten werden sollte. Zugleich wurde der Zweck erreicht, die aktive Agitation der Deutschen in Oesterreich für einen Anschluß an Deutschland unmöglich zu machen. Bismarck hatte für die Deutschen in Oesterreich überhaupt nur Spott und Hohn — und da sich die habsburgische Dynastie jetzt auf die Unterstützung des Deutschen Reiches verlassen konnte, wurden die Deutschen in Oesterreich seit dem Abschlusse des Bündnisses immer mehr in den Hintergrund gedrängt. Trotzdem rechnete die offizielle preußisch-deutsche Politik damit, daß durch das Bündnis und die Existenz Oesterreichs die westslawischen Völker an die Zentralmächte gebunden bleiben und deren Macht steigern würden — ganz natürlich, wenn man die Geschichte vom Standpunkte der Dynastien und nicht der Völker betrachtete. Im Weltkriege ist die kleindeutsche Politik zusammengebrochen, da das Deutsche Reich durch Oesterreichs slavische Machtinteressen in den Krieg hineingezogen wurde und alle Voraussetzungen, von denen Bismarck, seine Vorgänger und Nachfolger ausgegangen waren, sich als Irrtümer herausstellten. Die deutschösterreichische Frage aber mußte gerade deshalb wieder auftauchen, wenn auch in einer neuen Gestalt, die ihre Lösung in sich selbst trug, da dem natürlichen Anschlußdrange die alten Hemmnisse dynastischer Natur hüben und drüben der einst schwarz-gelben Grenzpfähle nicht mehr entgegenstehen.

Es ist außerordentlich bezeichnend für den Zusammenhang der Dinge, daß nach dem Zusammenbruche, als in Deutschland Kaiser und Fürsten, in Oesterreich Karl entfernt waren, unmittelbar und wie etwas Selbstverständliches von den drei Parteien der deutschösterreichischen provisorischen Nationalversammlung und von dem Volke auf der Straße in Wien der

Anschluß an die Deutsche Republik proklamiert wurde — nicht minder, daß dabei unzweifelhaft die Sozialdemokratie die Führung hatte, weil sie prinzipiell von jeher nach der Republik und der Demokratie orientiert war und ihren Gegner im Imperialismus erkannte. Die sogenannten Deutschnationalen, die sich jetzt „Großdeutsche“ nennen (und unter denen sich auch diejenigen Männer befinden, die man als „alldeutsch“ bezeichnen könnte), sind nicht sofort voranmarschiert, weil sie noch ganz auf die Bismarck'sche Ideologie eingestellt waren und sich in die neue Gedankenwelt nicht so rasch hineinfinden konnten, wenn sie auch sehr bald mit großem Eifer ihrer älteren, in der letzten Zeit des alten Oesterreich zurückgestellten Tradition gemäß das ursprünglich von den Sozialdemokraten aufgestellte großdeutsche Programm sich wieder vollständig zu eigen machten und es mit aller Kraft verfolgten. Die demokratische und großdeutsche Idee fand aber auch bei der Bauernschaft, die trotz materieller Bereicherung das Leid des Krieges am eigenen Leibe verspürt hatte, den Boden gut vorbereitet. Insbesondere im Tirol war eine vollständige Wandlung vor sich gegangen und die harten Kriegserlebnisse hatten hier die Bauern, die als Schutztruppen der Habsburger verschrien waren, nicht nur zu Republikanern, sondern zu den ärgsten Hassern der Dynastie umgewandelt; sie hatten immer deutsch und in ihrer Art demokratisch gefühlt, und wenn auch der Gegensatz zur städtischen Bevölkerung und zur Sozialdemokratie sich nicht gemindert, sondern noch verschärft haben mag, — auch ihnen erschien jetzt ganz klar, daß nach dem Sturze des preußischen Kaisertums auch für sie der Weg nach Deutschland der einzig gegebene war. Sie sind, ebenso wie die Salzburger — das hat die Abstimmung bewiesen, die 98 % für den Anschluß ergab — jetzt die zähesten und begeistertsten Anhänger des Anschlußgedankens. In den anderen Provinzen liegen die Dinge gerade so, und daß diese Tatsache äußerlich nicht zum Ausdruck kam, hat keine andere Ursache, als daß die Entente in ihrem schlechten Gewissen durch Drohungen und Erpressungen gegen die Zentralregierung es verstanden hat, die übrigen Abstimmungen vorläufig zu hintertreiben. Man kann aber doch nicht im Ernste behaupten, daß die christlich-sozialen Tiroler, wie die französischen Zeitungen den gläubigen Lesern vormachen wollen, bei den schlechtesten Wetterverhältnissen im Frühjahr aus ihren entfernten Gebirgsdörfern zur Urne gelaufen und ihr fast einstimmiges Votum abgegeben haben — nur weil sie unter dem „pangermanistischen“ oder gar sozialdemokratischen Terror gestanden sind.

Diese Märchen sind nichts anderes, als die Fortsetzung der französischen Politik, die seit dem österreichischen Zusammenbruche konsequent durchgeführt wird. Die Erben der großen französischen Revolution können nicht zugeben, daß sie das Selbstbestimmungsrecht einer Nation, und wäre es auch „nur“ der Deutschen, beeinträchtigen wollen. Da sie aber in ihrer Angst, daß Deutschland verstärkt werden könnte, wenn sich den 60 Millionen Reichsdeutschen noch 6 Millionen Konationale, die verarmt und deren Staat bankrott ist, anschließen — diesen Anschluß durchaus verhindern wollen, suchen sie diese 6 Millionen von ihrem Vorhaben durch Zuckerbrot und Peitsche abzubringen und, wenn ihnen dies nicht gelingt, wenigstens zu verhindern, daß dieses Vorhaben von der öffentlichen Meinung der Welt als das er-

kannt wird, was es ist, als der nationale, kulturelle, wirtschaftliche Schrei eines Volkes in Not. In der Zeit vor den Friedensschlüssen von Versailles und St. Germain wurde die kapitalistische Presse in Wien in einer Weise bearbeitet, daß die gedruckte „öffentliche Meinung“ in vollständigem Gegensatz zu der Meinung des Volkes war und daß im Wesentlichen nur die interessierten Finanzkreise und jener mit der neuen Entwicklung natürlich unzufriedene Teil des alten Beamtentums und Offizierskorps zu Worte kam, der nicht einsehen konnte, daß seine Zeit abgelaufen war; tatsächlich ging die französische und die monarchistische Propaganda parallel. Dazu kamen die Versprechungen, die für den Fall nicht offiziell — aber scheinoffiziell — gegeben wurden, daß der Anschlußgedanke aufgegeben würde, die Versicherungen, daß die Entente das liebe Deutschösterreich, das ihr so am Herzen liege, in ein Land umwandeln wolle, wo Milch und Honig fließt, während Deutschland zum Bankerott bestimmt sei. Es soll nicht geleugnet werden, daß diese klug geleitete Agitation anfänglich auf nicht orientierte Kreise, insbesondere auf solche, die man als „sozial hochstehende“ zu bezeichnen pflegt, nicht ohne Eindruck blieb. Als aber die Friedensbedingungen von St. Germain bekannt wurden, brach sich begreiflicherweise eine realistischere Auffassung Bahn, die sah, was ist, und die Folge war natürlich, daß auch die Enttäuschten das große Heer der Anschlußfreunde vermehrten. Es wurde immer deutlicher, daß Deutschösterreich als selbständiger oder unabhängiger Staat nach dem Rezept von Versailles und St. Germain nicht existieren könne. Bei der Entente tauchte allerdings wieder der Gedanke der Donaukonföderation auf; doch die Illusion, die Völker wieder aneinander zu fetten, die eben befreit worden waren, fand begreiflicherweise bei keinem der Sukzessionsstaaten Gegenliebe und mußte fallen gelassen werden. Aber es wurde auch immer klarer, daß das Mißverhältnis zwischen Produktion und Konsumtion in Deutschösterreich, das zu einer dauernden Entwertung der Valuta und zu dauernder Unterernährung der Bevölkerung führt, nicht durch gelegentliche Subventionen und Lebensmittelkredite, aber auch nicht durch gute Ratschläge von hohen Kommissionen beseitigt werden kann, sondern nur durch dauernden Anschluß an ein größeres Staatswesen, das heißt an Deutschland, das die notwendigen dauernden Opfer für eine vorläufig passive Provinz auf sich nehmen kann in der Hoffnung, daß vielleicht in der nächsten Generation durch ein Wiederaufleben der Wirtschaft dem Reiche wieder rückerstattet wird, was es vorgeschossen hat.

Nach alledem kann es auch nicht wundernehmen, daß die Initiative in der Anschlußpropaganda keineswegs von Deutschland, sondern durchaus von Deutschösterreich ausgeht. Nicht, als ob nicht jedem Deutschen in Deutschland die historische Notwendigkeit des Anschlusses nach den Ereignissen des Umsturzes klar geworden wäre, oder als ob das Volk nicht gelernt hätte, die nationale Aufgabe zu verstehen, die ihm aus der Zertrümmerung Oesterreichs erwachsen ist. Allein man ist sich auch in allen und insbesondere in den Regierungskreisen der wirtschaftlichen, inner- und außerpolitischen Verantwortung so sehr bewußt, daß die gemessene Zurückhaltung den Deutschösterreichern mitunter schwer faßbar erscheint. Von imperialistischer Annexionslust kann vollends nicht die Rede sein, sondern nur von einer theoretischen

Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes, welches, wie man meinen sollte, den Deutschösterreichern ebensowenig bestritten werden sollte, wie z. B. den Dänen, Polen usw.

Es sollte sich wohl auch für die großmächtigen Staatsmänner, die Europa verteilt haben, lohnen, zu erwägen, was für die Ruhe Europas nützlich wäre, damit ihr Ruhm nicht einmal so verblaßt, wie der Ruhm der Männer, die vor einem Jahrhundert eine neue Karte Europas anlegten, die nur so lange in Geltung blieb, bis die Kräfte der Menschheitsgeschichte stark genug waren, die polizeilichen Fesseln, welche den Völkern angelegt waren, wieder zu sprengen. Es bedarf keiner Prophetengabe, um vorauszusagen, daß die künstliche Trennung der zugehörigen deutschen Siedlungsgebiete vom Deutschen Reiche gegen den Willen ihrer Bewohner, insbesondere aber des größten Bevölkerungskomplexes, der Deutschösterreicher, eine dauernde Ursache der Unruhe und des Zwistes sein wird, mehr noch als es Elsaß-Lothringen gewesen ist. Dagegen sollten gerade diejenigen Politiker, welche die Wiederkehr der alten Zustände und den Imperialismus in Deutschland fürchten, einsehen, daß der Anschluß die sicherste Gewähr der Republik bedeutet; denn es ist nicht möglich, daß ein Hohenzoller in Deutschösterreich oder ein Habsburger in Norddeutschland seinen Thron aufrichtet; aber auch der preußische junkerliche Militarismus kann durch eine Verstärkung Süddeutschlands nur gehemmt werden und andererseits werden auch Abenteuer, wie sie Karl von Habsburg zur Wiederherstellung zunächst der Stephanskrone, dann des ganzen geborstenen Donaufaiserreiches zu unternehmen plant, durch den Anschluß ein- für allemal beseitigt. Großdeutsch bedeutet den Frieden, die Demokratie, die Republik.

„In den Friedensverträgen von Versailles und St. Germain wurde Oesterreich das Recht genommen, sich politisch mit Deutschland zusammenzuschließen. Eine klarere Verleugnung des angeblichen Selbstbestimmungsrechtes ist kaum denkbar als dieses Verbot des fast vom einmütigen Wunsche des österreichischen Volkes getragenen Anschlusses an Deutschland.“

Lansing, „Die Versailler Friedensverhandlungen“.

Krieg und Sieg, Macht und Ruhm in der Philosophie.

eb. Im Verlauf ungefähr der letzten zehn Jahre ist die Meinung aufgekommen, die Verherrlichung von Krieg, Macht und Gewaltpolitik sei eine Eigenheit deutschen Denkens. Kundige haben immer gewußt, daß das falsch ist. Aber der Gegenwart ist während des Krieges die genannte falsche Meinung so eingepflanzt worden, daß fast nicht mehr dagegen aufzukommen ist. Und doch muß sich das richtige Urteil wieder Bahn brechen, wenn wir aus der geistigen Wüste herauskommen wollen, die der Krieg geschaffen hat. Dazu mögen die folgenden Auszüge aus Viktor Cousin's „Einleitung in die Geschichte der Philosophie“ einen Beitrag liefern. Sie beweisen nicht nur das zufällige Dasein auch eines französischen